

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No. 24.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Hannover  
Sonnabend, 28. November 1903.

Geschäftsinsereate pro 3gespalt. Zeile oder deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offerten-Aannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Steinthorstr. 6.

12. Jahrg.

## Streitreglement.

Der Herbst hat uns eine lebhaftere Streitbewegung gebracht. Bei einzelnen der Streiks haben sowohl die Mitglieder als auch die Bevollmächtigten in einer geradezu sündhaften Unkenntnis oder Mißachtung des Streitreglements gehandelt. Deshalb drucken wir die wichtigsten Bestimmungen desselben nachfolgend ab. Wer von den Verbandsgenossen und Mitgliedern sich vor Unannehmlichkeiten bewahren will, möge zukünftig die Beschlüsse und Handlungen im Einklang mit den Bestimmungen des Streitreglements halten.

### § 1.

Wenn Verbandsmitglieder in einen Streit eintreten wollen, so kann dies nur mit Zustimmung des Vorstandes erfolgen. Die Sperre über Fabriken und Werkstätten kann ebenfalls nur mit Zustimmung des Vorstandes bewerkstelligt werden. Bei Abwehrtreiks hat der Vorstand so weit und so schnell wie möglich seine Zustimmung zu geben.

### § 2.

Angriffstreiks müssen mindestens 1 Monat vor ihrem Beginn dem Vorstande gemeldet werden.

### § 3.

Brechen in einer Fabrik oder auf einem Werkplatz Differenzen aus, an denen Verbandsmitglieder beteiligt sind, so haben letztere die Bevollmächtigten und, wo Zahlstellen nicht bestehen, die Vertrauensmänner sofort in Kenntnis zu setzen und sie zu einer Besprechung der zu ergreifenden Maßnahmen zu veranlassen.

### § 4.

Das Resultat dieser Besprechung ist sofort dem Vorstande mitzuteilen. Für alle in Betracht kommenden Verhältnisse ist ein knapp aber klar geschilderter Bericht, mit dem Stempel versehen und von mindestens vier Mitgliedern der Zahlstellenleitung unterschrieben, einzusenden.

Dieser Bericht muß enthalten:

1. Angaben über die Ursachen des Streiks, der Sperre oder der Aussperrung.
2. Eine genaue Angabe, wieviel von den Personen, welche gefonnen sind in einen Streit zu treten, oder von der Aussperrung betroffen sind, dem Verbands angehören, und wieviel über acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.
3. Ein Verzeichnis der Personen, die noch nicht ein Jahr, und derer, die darüber dem Verbands angehören, mit Angabe der Dauer der Mitgliedschaft.
4. Wieviel von den Personen, die den Streit planen oder ausgesperrt sind, einer anderen Organisation angehören und ob diese Unterstützung zahlt.
5. Angaben, wieviel von den Personen, die an dem Streit teilnehmen werden, ledig sind, wieviel verheiratet sind und wieviel Kinder dabei in Frage kommen.
6. Wie viel Kollegen in den betreffenden Berufszweigen in Frage kommen.
7. Die zu stellenden Forderungen, soweit sie sich auf Lohn oder Arbeitszeit beziehen, und die feitherigen Arbeitsbedingungen.
8. Angaben über die örtlichen Lebensmittel- und Wohnungsmietpreise.

### § 5.

Die Entscheidungen über Arbeitseinstellungen oder Fabrik- und Werkplatzsperren sind nicht in öffentlichen Versammlungen sondern in Versammlungen der Mitglieder zu treffen. Ist nur eine Anzahl der Mitglieder an den Differenzen interessiert, so haben diese in einer geheimen Abstimmung die Entscheidung zu treffen. Der Leiter der Versammlung hat die an der Differenz unbeteiligten Mitglieder aufzufordern, sich der Abstimmung zu enthalten.

Das Resultat der Abstimmung ist mit Angabe der Stimmen, die für und wider abgegeben werden, sofort mit dem Situationsbericht an den Vorstand einzusenden.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Fortschreitende Depression in Amerika. — Die Wirkung auf England und die englische Schutzollbewegung. — Die deutsche Ausfuhr. — Die Industrialisierung Schlesiens.

In den Vereinigten Staaten wehren sich die Felder der rückläufigen Bewegung, in erster Linie auf dem Eisenmarkt. Der Stahlmarkt ist soeben zu einer Kürzung der Gehälter seiner Angestellten um 25 bis 40 Proz. übergegangen; weiter hat er

nach englischen Meldungen, eine Verabsehung der Preise für Stahlbills von 108 auf 92 Schilling für die Tonne angekündigt. Pierpont Morgan soll, nach denselben Quellen, billige Eisen- und Stahl-Fertigfabrikate auf den englischen Markt werfen und dort die deutsche Schleuderausfuhr noch unterbieten wollen; den Schiffen des Schiffahrtsverkehrs böte sich dabei zugleich ein, im Augenblick ganz schätzenswerter Ballast für die Fahrt nach England. Die Lage in Amerika erscheint uns so ernster, als zwar die nördlichen Eisenwerke Betriebsbeschränkungen durchzuführen und aufrecht erhalten, während — wie so oft im Konturrenzkampf — im südlichen Staatenrevier die Hütten sich um so weniger Zwang auferlegen, so daß niemand mehr an eine baldige „Sanierung“ des Marktes durch Bändigung der Ueberproduktion glaubt.

Der Rückschlag auf Europa wird noch immer am schmerzhaftesten in England empfunden; und hier darf man ihn um so weniger leicht nehmen, als ein Kampf der Schleuder- und Rotausfuhr Deutschlands und Amerikas, auf Kosten des englischen Abzuges und der englischen Produktion, die hochgehenden schätzungslosen Fluten weiter verstärken müßte. Die Notierungen für Cleveland-Rohisen sind allmählich auf den niedrigsten Stand gesunken, den sie, mit Ausnahme des Dezember 1901, seit 1898 jemals einnahmen. Der englische Schiffsbau hat seine Eisennachfrage enorm kürzen müssen, die Eisenbahnen in England zeigen fortgesetzt ungünstige Ausweise und tragen durch die Verringerung des Wagen- und Lokomotivbaues gleichfalls zum Rückgang in den Eisengewerben bei. Immer von neuem werden Hochöfen niedergeblasen und Herr Chamberlain und seine Getreuen verhehlen nicht, auf diese schredenden Spuren des — Freihandelsystems hinzuweisen: Die Stahlwerke würden vom Festlande im Schienengeschäft unterboten; in Mittelengland werde deutscher Halbstaß billiger als seitens des Inlandes angeboten; in Schmelzstätten für den Schiffbau schnappe die deutsche Schleuderausfuhr die Aufträge weg. In der Tat empfindet man heute in England auch den kleinsten Nadelstich bitterlich schmerzhaft. Eben sind wieder die schottischen Schiffsmaschinenbauereien und Lokomotivfabriken mit Arbeiterentlassungen vorgegangen, die Werkten am Tyne wollen demnächst die Böhne reduzieren. Herr Chamberlain wehrt als alter geriffener Parteimachener auf diesen Mißstellungen politisches Kapital zu schlagen.

In Gegenatz zu England kommt der deutsche Export zu stehen, daß der heimische Absatz ohne Zweifel im allgemeinen sich hebt, also einen gewissen Ersatz für die zunehmende Bedrängnis im Ausland zu bieten vermag. Indes kann diese Bedrängnis leicht größer werden, als die heutige Vertrauenslosigkeit selbst bei ruhigerer Ueberlegung annimmt. Der frühere amerikanische Zufuhrbedarf sprach sich nicht nur in direkten deutschen Exporten nach den Vereinigten Staaten aus, sondern fast noch mehr in indirekter Weise, in starken Ausfuhr nach England. Was wird hier von übrig bleiben, nachdem England selber die Unterbietung Deutschlands auf den festländischen Märkten, z. B. in Holland versucht, wo die deutschen Eisenwerte um so eifriger nach Aufträgen haschen, je mehr sich ihnen Amerika zu verschließen begann?

In welchem Maße die Ausfuhr bisher eine Lebensbedingung für die deutschen Eisengewerbe war, zeigt die Reichsstatistik, die jetzt für die ersten neun Monate 1903 vorliegt. Danach wurden im laufenden Jahre bis Ende September über 2 1/2 Millionen Tonnen Eisen und Stahl aus Deutschland ausgeführt, also mehr als doppelt soviel als noch im gleichen Zeitraum des Jahres 1900 (nicht ganz 1 1/2 Millionen Tonnen). Da die Syndikate jedoch vorwiegend Rohmaterialien und Halbfabrikate in das Ausland verschleudern, die Fertigfabrikation jedoch geradezu durch die Preisrückhaltung im Innern schädigen, so ist es erklärlich, daß die Ausfuhrzunahme wesentlich bei Rohisen und ordinären Stahlwaren sich geltend machte. Es hob sich beispielsweise gegenüber 1901 der Export an

Rohisen	von 96 288 auf 338 216 To.
Eisenbahnstienen	125 538 „ 307 204 „
Ruppeneisen, Rohstienen und Ingots	91 771 „ 475 233 „
Dagegen stieg die Ausfuhr nur sehr langsam bei verkapertem Eisenabrah	von 64 245 auf 66 011 To.
bei groben abgeschliffenen Eisenwaren	42 555 „ 61 964 „
bei Watten, Blechen zc.	180 147 „ 215 563 „
feinen Eisenwaren nur	19 880 „ 23 317 „

Bei Eisenbahnwaggonen, Kähnen und Radreifen zeigt sich sogar ein kleiner Rücktritt von 37 349 To. auf 35 918 To. Das entspricht ganz dem so oft entworfenen Bild: man schöpft seitens der „schwersten“ Industrien die heimischen Abnehmer durch Ueberpreise, um im Ausland um so billiger zu sein; man erschwert dadurch den abnehmenden deutschen Produktionszweigen die Ausfuhr, ja man nährt und erzeugt gegen sie eine künstliche Auslandskonkurrenz. Wenn man angesichts der amerikanischen englischen Krisis noch weiter auf diesem Wege vorschreiten wollte, welche Schäden und Mißbildungen müßten daraus entstehen!

Glücklicherweise wachsen die Dämme der Rohstoffsyndikate nicht so leicht in den Himmel, eben weil die kapitalistischen Interessen keine einheitlichen sind und die Gegeninteressen mit der Zeit immer besser lernen, sich zu rühren und sich gleichfalls zu organisieren.

So treten im Augenblick wieder bei den Bemühungen um das Zustandekommen des Stahlwerkverbandes die besonderen Interessen Schlesiens hindernd in den Weg. Die schlesischen Werke sind bei ihrer ganzen Lage weit weniger mit dem Export verknüpft, als die Werke des Westens, die auf einem riesigen zughilflicher Wasserstraßen leicht die See und die zahlungsfähigsten fremden Märkte erreichen. Dazu sollen die Dampfprodukte Schlesiens, wie Stabeisen, Bleche und Draht, gar nicht in den Bereich des geplanten Syndikats fallen. Man glaubt hier also weniger an den Segen der Verbandspolitik.

Dagegen scheint man in Schlesiens eifrig an der Verwirklichung der technischen Ausrüstung gearbeitet zu haben —, womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß der Westen hierin dem Stillstand verfallen sei. Eine Artikelserie der „Post, Ztg.“ entwirft von der lehrstündigen industriellen Umwälzung Schlesiens ein sehr anschauliches Bild: Die Anwendung der

elektrischen Kraft breite sich immer rascher neben der Dampfkraft aus. Auf der Wanderung durch die ober-schlesischen Eisenerze begegnet man den imponierendsten elektrischen Zentralen, zum Teil von der Union, der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Aktiengesellschaft Siemens u. Halske, zum Teil auch von der Elektrizitätsgesellschaft Schudert ausgeführt, und schon sind bei verschiedenen großen Werken Erweiterungsbauten der elektrischen Anlagen, so u. a. in großem Umfange bei der Friedenshütte, im Gange. Hierbei wird immer mehr eine glückliche Kombination der Gasmotoren mit elektrischen Maschinen in Anwendung gebracht, indem man die hart komprimierte Luft der Hochöfen z. B. als Antrieb für die Gasmotoren benützt. Die ober-schlesische Montanindustrie versteht sich nicht nur auf die Verwendung elektrischer Kraft, sondern tritt auch, Eigentümliches in elektrischen Maschinen schaffend, selbständig hervor. In dieser Beziehung hat die Donnersmardhütte eine ausgezeichnete Leistung aufzuweisen. Selbst in bedeutendem Umfange am Grubenbau interessiert, hat dieses Werk, dank der Erfindungsgabe seines Ingenieurs Jäger, ein eigenes System für elektrische Förderanlagen konstruiert, das in mehrfacher Beziehung Vorteile in sich birgt. Es handelt sich bei diesem System um den elektrischen Antrieb von Haupt-Schachtförderanlagen, durch den einerseits die Vereinigung des Dampfmaschinenbetriebes, insbesondere der Kesselanlagen, auf einen Hauptschacht bewirkt werden kann, wie sich andererseits auch Ersparnisse an Dampf und damit an Kohlenverbrauch und an der Größe der im Betriebe zu haltenden Kesselheizflächen ergeben. Die Wiederausnutzung des verbrauchten heißen Wasserdampfes ist durch sinnreiche, neue Kondensationsanlagen höher entwickelt worden; die Koksöfengase werden immer erfolgreicher zur Gewinnung von Nebenprodukten (Schwefelwasserstoff, Ammoniak, Teer usw.), sowie zur Neubeheizung ausgenutzt. Auch große Heuanlagen von Hochöfen, Martinhüttenwerken an Stelle alter Kesselwerke und Puddelanlagen, Grob- und Feinblechwerke, sowie von Feinblechstreifen, von Kohlenseparationsanlagen sind zu verzeichnen; die Königshütte-Bauten ferner eine Radschleifenfabrik 15 Gruben sind zur Zeit neu im Bau begriffen. — Dieser schwarze Winkel wird einst der älteren westlichen deutschen Industrie noch manche Kopfschmerzen bereiten, und auch der deutsche Arbeiterbewegung wartet hier noch manche ungetrübte Auf.

Berlin, 8. November 1903.

Max Schippel.

## Von der Agitation.

Eine größere Agitationstour fand im Gau 16 statt. Kollegin Köhler-Dresden behandelte in Aachen, Köln, Kalk, Küppersteg, Mülheim, Lindental, Nippes, Ehrenfeld, Elberfeld, Düsseldorf, Duisburg, Oberhausen, Essen, Soest, Dortmund, Hagen, Deutz, Dürenwald und Bielefeld die Themas: „Der Proletarier Kampf um das Dasein“ und „Wer verschuldet das Elend der Massen?“ Die Versammlungen erfreuten sich durchweg eines guten Besuches. Wenn auch zum Teil nur organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen anwesend waren, so dürften die Versammlungen doch befruchtend auf den Ausbau unserer Organisation gewirkt haben, damit diese um mit noch größerer Energie den Kampf um mehr Brot und besseres Brot sowie Verkürzung der Arbeitszeit führen können.

In Aachen, Elberfeld, Dürenwald und Soest ist der Boden für unseren Verband vorhanden, da es aber an fähigen Leuten dort fehlt zur Leitung einer Zahlstelle, haben vorerst die Kartelle oder Vertrauenspersonen der Partei die Sache in die Hand genommen, bis die richtigen Leute gefunden sind.

In Gevelsberg war die geplante Versammlung zu spät bei der Polizeibehörde angemeldet und konnte deshalb nicht stattfinden. Eine Hummelei, die nicht vorkommen sollte.

Die Tour brachte dem Verbands ca. 160 neue Mitglieder. Nicht viel, wird vielleicht dieser oder jener Leser ausrufen, wer jedoch die Verhältnisse im Westen kennt, der weiß auch, wie schwer es hält, hier im Herzen des Kapitalismus für die Gewerkschaftsorganisation zu werben.

In einigen Orten machte sich ein übler Zustand bemerkbar: persönliche Streitereien und Unachtsamkeit bei Entwicklung unserer Zahlstellen. Diese haben stellenweise einen Umfang angenommen, daß Existenz und Entwicklung der bestehenden Zahlstellen in Frage gestellt sind. Mögen doch unsere Kollegen ihre ganze Kraft dem Kampfe mit dem Kapital widmen, um durch gemeinsame Arbeit die Fessel der Arbeit zu brechen, damit die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird. W. R.

## Aus Italien.

In Italien besteht seit zwei Jahren der Verband „Federazione italiana fra Lavoranti nell'Industria Chimica-Farmaceutica“. Dieser eröffnete am 18. Oktober 1903 seine II. Generalversammlung im Saale der „Camera del Lavoro“ (Arbeiterheim) in Florenz. Es waren 18 Delegierte anwesend, welche 2534 Arbeiter vertraten. Erschienen war auch Gen. E. Verrier als Delegierter des österreichischen Verbandes. In Druck verteilt wurde der Bericht des Verbandssekretärs Mainetti und des Gen. Marzoni über Wirtschaftsgenossenschaften. Nach dem erstgenannten Bericht zählte der Verband im September

1902 14 Zweigorganisationen mit 3800 Mitgliedern, hat aber deren gegenwärtig 22 mit insgesamt 2634 Mitgliedern, davon 1100 in Mailand. Auf Veranlassung des österreichischen Sekretärs wurde eine Agitation unter den Papierarbeitern unternommen, jedoch nicht mit dem gewünschten Erfolg. Nur sechs Organisationen der Papierarbeiter haben sich dem Verbande angeschlossen. Die Organisation ist 1903 zurückgegangen.

Die Einnahmen des Zentralverbandes vom 1. September 1901 bis Ende September 1903 betragen 3737 Mk., die Ausgaben 4720 Mk. Der Verband hat also ein Defizit von 983 Mk., welches in Schulden an verschiedene Druckereien und an den Verbandssekretär besteht. Die Mailänder Mitglieder schlugen zur Verringerung des Defizits die Einstellung des Fachblattes vor.

Berner-Bien begrüßt die Versammlung im Namen der österreichischen Fachgenossen. Der Abgeordnete Pescetti beklagt den Stillstand, das Abflauen der Bewegung. Die Organisation könne nur dort gedeihen, wo der sozialistische Gedanke lebendig ist. Er versichert die österreichischen Arbeiter, daß die internationale Gesinnung der italienischen Sozialisten über allen Zweifel erhaben ist. Aspetati-Florenz beantragt die Abfertigung eines Briefes oder Telegrammes an unsere Organisation zum Ausdruck der Sympathie dieses Kongresses. Der Antrag wird angenommen. Hierauf verliest der Sekretär seinen Bericht. Der verantwortliche Redakteur des Fachblattes wurde wegen angeblicher Beleidigung eines die Organisation bekämpfenden Priesters zu einem Jahre Kerker und 960 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Blatt wurde aber von den Zweigorganisationen nicht hinreichend unterstützt, man begann es mit einem Kapital von 168 Mk. herauszugeben.

Am 19. um 9 Uhr vormittags erhielt Mainetti das Wort zu seinem Bericht über die „Presse, Agitation und Statistik“. Das Fachblatt sei wenig verhandelt, erhalte wenig Berichte über die Zustände und Vorgänge in den Fabriken. Es sei besser, das Fachblatt einzustellen, wenn es nicht mehr Mitarbeiter erhält, weil es so die Arbeiter nicht interessiert. Zur Agitation fehle es an Geld. Die Fabriken seien über Nord- und Mittelitalien gestreut. Eine oder zwei Versammlungen genügen nicht, es bedarf einer beständigen Einwirkung auf die Arbeiter. Es gibt 17 Organisationen chemischer Arbeiter, die dem Verbands noch nicht angehören. Levi verweist darauf, daß das Fachblatt nicht gelesen wird und schlägt vor, dessen Herausgabe einzustellen. Der Verbandssekretär solle nicht mit so vielen Agitationsreisen belastet werden, die totale Agitation müsse energischer einleiten. Die Arbeiter haben noch kein Verständnis für die Statistik und müssen dafür erst erzogen werden. Cislaggi meint, das Fachblatt könne nicht entbehrt werden. Es wird dann beschlossen, das Blatt auf den kleinsten Umfang tatsächlicher Mitteilungen zu beschränken, die agitatorischen Artikel wegzulassen und dessen Umfang zu verändern. Es soll ein reines Korrespondenzblatt werden.

Cislaggi berichtet über Löhne und Arbeitszeit. Es beträgt demnach in -

	Täglicher Lohn in Mark			Arbeitszeit in Stunden
	Minimal	Maximal	Durchschnitt	
<b>Mailand:</b>				
1. Gummiarbeiter, männlich	1.60	2.80	2.40	10
2. weiblich	0.70	1.50	0.95	10
3. Laboranten in Apotheken	1.44	2.40	1.80	10
4. Papierarbeiter	1.60	2.60	2.10	10
5. Seifenfabrikarbeiter, männl.	1.44	2.40	1.75	10
6. weibl.	0.50	1.10	0.70	10
7. Kohlsäure, Wasser, Bier	1.60	2.40	1.80	verf.
8. Spiritus, Branntw., männl.	2.10	2.80	2.40	10
9. weibl.	0.96	1.36	1.04	10
<b>Florenz:</b>				
Chemische Fabriken	1.60	2.80	2.40	10
Ca' del Gallo (Emilia): Chemische Fabriken	1.20	1.85	1.44	10 1/2

Levi schlägt einen Vertrag zwischen den Organisationen Deutschlands, Österreichs und Italiens vor. Berner mündet ein, die Zeit dazu sei noch nicht gekommen, weil die Italiener keine Reise- und Arbeitslosenunterstützung auszusprechen. Mainetti erklärt, man werde eine Reiseunterstützung einführen (5 Zentejmi pro Kilometer) und dann das Gegenstückverhältnis anbahnen. Beschlüsse sind auf Antrag Mainettis, der Verband habe künftig zu heißen: „Verband der Arbeiterchaft der chemischen und Papierindustrie Italiens“ (Federazione italiana fra Lavoranti nell'Industria chimica e della Carta). Der Bericht über die Geldgeschickung und Buchhaltung des Verbandes wird auf Antrag des Sekretärs zur Kenntnis genommen.

## Soziale Rundschau.

— Ungültige Arbeitsverträge. Die Verschweigung des Umstandes, daß in dem Betriebe gestreikt wird, gibt den angeworbenen Arbeitswilligen das Recht, vom Vertrage zurückzutreten und Schadenersatz vom Unternehmer zu verlangen. Tatbestand: Der Baumeister Voigt aus Dresden baute in Niedersiedlich. Der Bau wurde von den dortigen Maurern gesperrt. Voigt sandte nun seinen Polier Hausenblas nach Leipzig, um Streikbrecher zu suchen. Er war auch acht Mann an. Die große Mehrzahl der Angeworbenen fragte den Polier, ob etwa bei Voigt gestreikt würde oder sonstige Differenzen beständen. Dies wurde von Hausenblas verneint. Nur auf diese Auskunft hin ließen die Maurer sich herbei, mitzufahren. Als sie in Niedersiedlich ankamen, wurden sie in der Baubude einquartiert, und bei Tagesanbruch sahen sie denn auch, daß Streikposten vor dem Bau standen. Als sie nun auf weiteres Nachfragen erfuhr, daß der Bau gesperrt sei, nahmen sie die Arbeit nicht auf und verlangten von Voigt Entschädigung. Diese Forderung lehnte Voigt ab, worauf zunächst einer der Maurer Klage beim Gewerbegericht erhob. Er verlangte in dem Klageantrag:

1. Auflösung des Arbeitsverhältnisses.
  2. Lohnentschädigung für 12 Tage.
  3. den Ersatz von Fahrgehalt und Auslagen.
- Diese Forderung wurde auf Grund § 124,3 der Gewerbeordnung gestellt.
- (Der § 124 handelt von der Auflösung des Arbeitsverhältnisses vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit. Nach Ziffer 3 können Geleiten und Gehülften die Arbeit ohne Aufkündigung verlassen, wenn der Arbeitgeber oder seine Vertreter oder Familienangehörige derselben die Arbeiter oder deren Familienangehörige zu Handlungen verleiten oder zu verleiten suchen . . . . . die gegen die guten Sitten verstoßen.)
- Der Kläger ging in der Begründung seiner Klage von dem Standpunkt aus, daß Streikbruch eine unmit-

liche Handlung sei, wozu er unter Verschweigung von Tatsachen von dem Beklagten und seinem Polier verleitet worden sei. Der Gewerbeichter ließ diese (unserer Meinung nach ganz richtige Motivierung) der Klage nicht gelten. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß Streikbruch keine unethische Handlung sei und lehnte deshalb die 14 tägige Lohnentschädigung ab. Doch konnte das Gericht nicht umhin, dem Kläger das Fahrgehalt, einen Tag Entschädigung und die notwendigen Auslagen nach § 123 des B. G. B. zuzusprechen. (§ 123 B. G. B. lautet: Wer zur Abgabe einer Willenserklärung durch arglistige Täuschung oder widerrechtliche Drohung bestimmt worden ist, kann die Erklärung anfechten.) Zum Urteilspruch kam es allerdings nicht, weil der Kläger seine Forderung dem Vorschlage des Gewerbeichters entsprechend reduzierte und der Beklagte nach langem Zureden seitens des Gerichts 10 Mk. Entschädigung und 12 Mk. für Verpflegung freiwillig bezahlte.

Herrn Voigt kam also der eine „Streikbrecher“ auf 22 Mk. zu stehen, ohne das Fahrgehalt von Leipzig nach Dresden, was auch noch rund 5 Mk. beträgt, weil die Maurer mit dem Schnellzug befördert wurden. Hier von den übrigen Angeworbenen werden auch noch Klagen, so daß dem Voigt der Spaß mindestens 135 Mk. kosten wird. Für seinen Polier, der sich ziemlich eine Woche in Böhmen aufgehalten hat, wird Voigt auch zirka 50 Mk. bezahlt haben. Streikbrecher hat er trotz dieser Auslagen auch noch nicht.

## Vom sozialen Kampfplatze.

— Die im Steinbruch der mitteldeutschen Portland-Zementfabrik Prusung u. Ko. in Nienburg a. S. beschäftigten Kollegen haben, 100 Mann stark, wegen unzulässiger Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt.

— Die Gummiarbeiter bei Peter in Frankfurt a. M. erzielten, 30 Mann, durch eintägigen Streik eine kleine Verbesserung der Lohnzahlung. Da sie zu 1/4 nicht organisiert waren, mußten sie sich jedoch eine Lohnkürzung von 10 bis 12 Prozent gefallen lassen.

— Der Ausstand in Belten hat insofern eine Aenderung erfahren, als unsere Kollegen, die Töpfer und Transportarbeiter, beschlossen haben, in zwei Fabriken — Blumenfeld und C. H. Schmidt — die Arbeit aufzunehmen. Dieser Beschluß wurde bereits am 20. November zur Ausführung gebracht. Die Aufnahme der Arbeit geschah vorläufig zu den alten Lohnsätzen.

Bekanntlich hat der deutsche Osenfabrikanten-Verband den Beschluß gefaßt, ab 15. November die Waren-Einfuhr für Berlin zu sperren und am 1. Dezember allerorts in Deutschland die Mitglieder des Zentralverbandes der Töpfer auszusperrern. Verlangt wird entweder Beilegung des Streiks in Belten und Fürstenwalde oder Austritt aus dem Verbands. In Belten sind 37 Fabriken, davon sind 6 nicht im Osenfabrikanten-Verbande. Die Warensperrre wird wohl, aus leicht erklärlichen Gründen, von Belten und Fürstenwalde gehalten, jedoch von den sächsischen und süddeutschen Fabrikanten nicht; sonst müßten in Berlin arbeitslose Osenfeger auf dem Arbeitsnachweis eingetragen sein, was aber nicht der Fall ist. Die Beltener Arbeiter haben aber ein begreifliches Interesse, daß die Beltener Osenindustrie nicht durch die Borniertheit der Beltener Unternehmer auf die Dauer ruiniert wird, deshalb dieser Beschluß, bei den Nichtverbandsmitgliedern die Arbeit aufzunehmen, durch den der Berliner Markt wenigstens teilweise für Belten erhalten bleibt. Der Streik dauert bereits sieben Wochen. Streikbrecher sind nicht vorhanden.

— Die streikenden Bremer Kollegen hatten das Einigungsamt angerufen. Der Herr Rickmers hat es aber nicht für notwendig gehalten, sich zu einer Verständigung mit den Arbeitern, die jahrelang für ihn geschangelt haben, zu bequemen.

— In Schlutup haben die auf der Kalksteinfabrik von Friedric' Coers u. Sohn beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Es sind da ca. 20 Kollegen beschäftigt. Diese forderten am 12. November die Erhöhung des Stundenlohnes von 30 auf 35 Pf. Diese Forderung wurde bewilligt, aber bereits am 16. November wieder rückgängig gemacht. Darauf wurde die Arbeit eingestellt.

## Polizeiliches, Gerichtliches.

— Weil er 23 Mark 35 Pf. als Hülfsklassierer im eigenen Interesse verbraucht hat, erhielt Hans Kabe am 11. November von dem Gericht zu Ikehoe vierzehn Tage Gefängnis zudiktirt.

## Die Konferenz des Gaus 5

tagte am Sonnabend, den 7., und Sonntag, den 8. November, in Altenburg im Gasthaus „Zum schwarzen Adler“. Anwesend ist der gesamte Gauvorstand und 17 Delegierte aus Ammendorf, Altenburg, Bitterfeld, Eisenberg, Groppein, Langenberg, Halle (Süd), Halle (Nord), Lettin, Merseburg, Raumburg, Rietzen, Schwöbisch, Weizenfels, Witzberg, Zahna und Zeitz. Nicht vertreten waren: Buttstädt, Kötzsch, Sandersdorf und Jörsbig. Nach der Konstituierung erhält Kötzsch-Altenburg das Wort zum Bericht des Gauvorstandes. Derselbe liegt den Delegierten vorliestlich vor. Er umfaßt die Zeit vom 1. Juni bis Ende Oktober und konstatiert, daß die wirtschaftliche Krise größere Erfolge in der Agitation nicht aufkommen ließ, und daß das Interesse für Abhaltung von Agitationsversammlungen nicht so rege war, wie in den Vorjahren. Während einige Zahlstellen in der Mitgliederzahl zurückgegangen, haben andere, besonders Altenburg und Witzberg, gute Fortschritte gemacht. Eingegangen ist die

Zahlstelle Rohenstein; gegründet wurden die Zahlstellen Buttstädt, Schwöbisch und Zahna. Weitere Besuche, in einer Anzahl Ortschaften Antakpungen bezugs Eröffnung von neuen Zahlstellen zu suchen, waren erfolglos. Schuld an diesem Misingen trifft elliche Gewerkschaftsarbeit. Gewünscht wird, daß in Zukunft die Zahlstellen dem Gauvorstande Unterlagen zu Antakpungspunkten für in ihrer Nähe befindliche Orte aufsenden. Oeffentliche Versammlungen sind 12 abgehalten, der Gauvorstand erledigte seine Angelegenheiten in 8 Sitzungen. Mit Genugtuung wird konstatiert, daß der Gauvorstand Revisionen in Zahlstellen im Berichtsjahre nicht vorzunehmen brauchte. Der beschlossene Bericht belief sich auf 78 Briefe und 44 Postkarten als Eingänge und 157 Briefe und 83 Postkarten als Ausgänge. Der Kassenbericht ergibt bei einer Einnahme von 576,78 Mk. und Ausgabe von 517,63 Mk. einen Bestand von 59,15 Mk. Dem Beschlusse der vorigen Konferenz, pro Mitglied und Jahr 5 Pf. an die Gaukasse abzuführen, sind nicht alle Zahlstellen nachgekommen. Die Diskussion über den Bericht des Gauvorstandes ist eine sehr rege, und sind die Delegierten mit der Tätigkeit des Vorstandes im allgemeinen zufrieden. Gräber-Halle N. bemängelt, daß vom Vorstande nicht Statistit geführt worden ist. Ferner, daß mit der Agitationsstour nicht zu geeigneter Zeit begonnen, und bestimmte, der Zuschuß von 15 Mk. für seine Zahlstelle zur Verbreitung von Hausagitation sei ungenügend gewesen. Diese Angriffe werden vom Gauvorstande sowie einigen Delegierten widerlegt. Gegen die Inanspruchnahme der Gaukasse zur Hausagitation in der Zahlstelle Halle = N. wenden sich Pahl, Förster und Mündel. Kötzsch-Halle wünscht, daß als Referenten zu Agitations-Versammlungen Mitglieder unseres Verbandes tätig sein sollen. Er beantragt: Zur Ermittlung der örtlichen Verhältnisse hat der Gauvorstand halbjährlich Fragebogen an die Zahlstellen zu versenden. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Ein Antrag der Zahlstellen Halle-Süd, Halle-Nord, Ammendorf, Rietzen und Lettin: Der Gauvorstande darf keine Nebenämter bekleiden, ruft eine längere Debatte hervor. Kötzsch-Halle begründet denselben damit, Kötzsch sei Gauvorstande und Bevollmächtigter der Zahlstelle Altenburg, somit kann mit Arbeit überlastet. Kötzsch meint, er müsse sich wundern, daß jetzt auf einmal gesagt werde, die Erfüllung seiner Pflichten leide unter der Ueberbürdung, während erst vorhin auch von Kötzsch zugegeben wurde, die Tätigkeit sei befriedigend. Auch wenn die Behauptung Kötzschs zuträfe, sei dieser Antrag nicht der richtige, weil in ihm eine Freiheitsbeschränkung des Gauvorstandes liege. Dagegen müsse man sich wehren, ganz gleich von welcher Seite dieselbe komme. Er empfiehlt, den Antrag möglichst einstimmig abzulehnen, weil er reaktionär sei. Die Kollegen Pahl, Mündel, Sebastian, Murke und Ahrens sprechen im Sinne Kötzschs. In der Abstimmung wird der Antrag Halle gegen die beiden halleischen Stimmungen abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wird gegen 3 Stimmen ein Antrag der fünf genannten Zahlstellen, wonach der Sitz des Gaus nach der Mitte des Gauses verlegt werden soll. Der Sitz des Gauses verbleibt in Altenburg. Zu Punkt Fernere Agitation empfiehlt Kötzsch, in Zukunft der Hausagitation mehr Beachtung zu schenken, da die Agitation durch öffentliche Versammlung nicht befriedige. Hierin trafen die von Altenburg gestellten Anträge das richtige. In der Debatte, an welcher sich Kötzsch, Gräber, Förster, Mündel, Murke, Pahl, Schumann, Pahl, Scheide und Kath beteiligten, herrschte Einstimmigkeit darüber, daß der von Kötzsch gemachte Vorschlag, die Hausagitation in den Vordergrund zu stellen, berücksichtigt werden müsse. Kötzsch wünscht, daß die Zahlstellenverwaltungen Regulativs zur Verbreitung der Agitation vom Gauvorstand erhalten. Dem soll entprochen werden. Zu empfehlen sei die Martenssche Broschüre. Dem Gauvorstand wurden zur Berücksichtigung überwiesen der Antrag Langenberg: „In der Zahlstelle Langenberg und Umgegend ist in nächster Zeit Agitation zu betreiben, die Anträge Altenburgs: „Die Konferenz beauftragt den Gauvorstand, für einzelne Bezirke des Gauses Flugblätter herauszugeben, welche die Lohn- und Arbeitsverhältnisse des Bezirkes behandeln müssen. Jede Zahlstelle muß das Material liefern; und im Gau ist die Hausagitation mehr als bisher zu betreiben, Zahlstellen, welche keine geeigneten Kräfte zum Betreiben der Agitation haben, können solche vom Gauvorstande verlangen.“ Der von 7 Zahlstellen gestellte Antrag: Die Konferenz nimmt Stellung zur Arbeitslosenunterstützung, wird von Erler begründet. Fast sämtliche Delegierte befürworten die Arbeitslosenunterstützung und es wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „In Erwägung, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine zwingende Notwendigkeit für die gedeihliche Entwicklung des Verbandes ist, werden die Delegierten beauftragt in dieser Hinsicht für genügende Aufklärung Sorge zu tragen. Der Antrag Merseburg: „Auf Abschaffung der Bestimmung des Statuts hinzuwirken, wonach ein Mitglied 104 Wochenbeiträge geleistet haben muß, ehe es Unterstüfung erhalten kann“, wird von Kath begründet, nachdem er mehrheitlich dagegen gesprochen, von Kath zurückgezogen. Der Antrag Weizenfels: „Soll die Arbeitslosenunterstützung abgelehnt wird, ist eine Krankenzuschußklasse für den ganzen Verband einzuführen“, wird, da keine Aussicht auf Annahme besteht, von Mündel zurückgezogen. Der Antrag Weizenfels: „Die in der Abrechnung des Hauptvorstandes stehende Schuld der Zahlstelle Weizenfels ist zu streichen“, wird vom Vorsitzenden und Mündel begründet und der Gauvorstand beauftragt, beim Hauptvorstande in dieser Hinsicht vorstellig zu werden. Der Antrag der Zahlstellen Halle und Umgegend: „Die Konferenz soll nur 1 Tag und zwar Sonntag tagen“, zeitigt eine lebhafte Debatte, der Antrag wird von Kötzsch dahin abgeändert: „Die Konferenz soll Sonntag einberufen werden und bei Nichterbleiben g der Geschäfte den andern Tag zu Ende geführt werden“, dies wird abgelehnt. Förster beantragt, es zu lassen, wie es bisher gehalten worden, die Konferenz in der Regel für den Sonntag einzuberufen und wenn es aus Anhängung der Tagesordnung der Gauvorsteher für nötig hält, nach vorheriger Verständigung mit den Zahlstellen die Konferenz für Sonnabend einzuberufen; wird gegen 3 Stimmen angenommen. Die nächste Konferenz wird in Raumburg abgehalten.

## Korrespondenzen.

Altena. In der Versammlung vom 20. Oktober gab den Bericht von der Gaukonferenz der Kollege Schl. in ausführlicher Weise. Bemerkenswert ist dort die Annahme des Antrages, darnach zu streben, daß sämtliche angeleiteten Arbeiter in einem Verbands untergebracht werden. Die Abrechnung wurde vom Kollegen Schl. verlesen und ergab dieselbe eine Einnahme von 621,40 Mk., für die Lokalkasse eine Einnahme von 643,97 Mk., eine Ausgabe von 238,25 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem 2. Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Kollege K. legte die Abrechnung vom gemeinschaftlichen Sommerfeste vor. Dasselbe ergab einen Ueberschuß von 147,89 Mk. Für die Bemühungen wurden demselben 5 Mk. bewilligt, außerdem auf Antrag Entlastung erteilt. Der Vorstandsbericht wurde vom Kollegen Dz. gegeben. Abgehalten wurden im Jahre 10 Mitglieder-Versammlungen und 21 Sitzungen. Derselbe bemerkte noch, daß trotz rege Agitation der Erfolg im Verhältnis zu der Arbeit nur ein geringer sei. Voriges Jahr hatten wir 275 Mitglieder und jetzt 325. Die Obmannen werden aufgefordert, unbedingt ihre Pflicht zu tun, damit wir ein besseres Resultat verzeichnen können. Das Vorschlagen des 1. Bevollmächtigten wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt, die übrigen Bevollmächtigten und die Revisoren wurden vorge-

schlagen. Kollege Qu. bittet, für die nächste Versammlung rege zu agitieren, da in derselben die Urabstimmung über den Ausschluß der Unorganisierten vom Arbeitersekretariat stattfinden soll. Den Kartellbericht gab der Kollege Qu. Auf Antrag des Kollegen Qu. wurden den Criminellgelehrten 50 M. bewilligt.

**Worms.** Am 11. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Ueber verschiedene Arten von Arbeitsentlohnung führte Genosse Schaumburg in 1 1/2stündiger Rede an, wie es der Kapitalismus versteht, alle erdenklichen Mittel herauszufinden, um möglichst viel aus seinen Arbeitern herauszupressen. Da es den Arbeitgebern nicht mehr so leicht möglich ist wie früher, durch Ausnutzung der ungeheuren langen Arbeitszeit den Profit aus den Arbeitern herauszuschinden, ist an Stelle des Zeitlohnes das Stücklohnssystem eingeführt. Der Arbeiter, in der Hoffnung, durch den Stücklohn seine Lebenslage etwas zu verbessern, spannt alle seine Kräfte an, um möglichst viel zu verdienen. Er bietet so dem Kapitalismus die beste Gelegenheit, Lohnreduzierungen vorzunehmen. Bester wird dadurch für die lange Arbeitszeit reichlich entschädigt. Auch das System der Gewinnbeteiligung spielt schon eine große Rolle. Man läßt dem Arbeiter einen Anteil vom Reingewinn. Je größer der Jahresertrag der Reingewinn, je größer wird für den Arbeiter der Anteil daran. Dieser erspart an Material alles, was sich nur ersparen läßt und reißt dadurch noch ganz gewaltig seine Arbeitskraft auf. Alle, die in dem Betriebe nicht mehr so mit Wonne, werden beiseite gedrängt. Sie schmälern nur den Reingewinn. Noch weit schlimmer ist das Prämienystem. Hier wird jeder Arbeiter sein eigener Unternehmer. Durch die Mehrleistung der Arbeiter hat fast nur der Kapitalist den Vorteil. Die Arbeiter werden verpflichtet, in einem bestimmten Zeitraum eine Lieferung fertig zu stellen. Sie arbeiten in Zeitlohn. Gelingt es ihnen, den bedingten Zeitraum zu verkürzen, vielleicht um 30 auf 24 Stunden, so erhalten sie Prozente für die gewonnene Zeit als Lohnzuschlag. So verdient der Kapitalist doppelt. Er spart an Betriebskosten und obenrein an Arbeitslohn. Der Referent kommt schließlich zu folgendem Schluß: Unter welchem Lohnsystem wir immer stehen, außer Verbrechen muß sein, daß die Gewerkschaften erstarken, um bei Lohnabmachungen ein kräftiges Wort mitreden zu können. Nur auf diese Weise ist es möglich, den Klauen des Kapitalismus etwas von der Beute zu entreißen. Dem Redner wurde reichlicher Beifall zu teil. Nach Erledigung interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

**Bergedorf.** Endlich steigt die Jugend! Herr Rudolf Sieverts, Besitzer der Hamburg-Bergedorfer Stuhlrohrfabrik, hatte bekanntlich seinen Arbeiter nach dem verlorenen vergangenen Streik im Jahre 1897 einen Revers zur Unterschrift vorgelegt, wonach die bei ihm eintretenden Arbeiter entweder auf ihr Koalitionsrecht zu verzichten oder sich dem Schiedsgericht der Arbeitslosigkeit preiszugeben hatten, obwohl Herr Sieverts kaum neun Monate vorher, während des Fabrikarbeiterstreiks, einer von seinen Arbeitern gewählten Kommission gegenüber erklärt hatte: „Es freut mich, daß meine Arbeiter so gut organisiert sind und vermöge der Organisation für Wahrung ihrer Rechte eintreten können.“ Eine Forderung, die mit seiner Handlung im kräftigsten Widerspruch steht. Obwohl in der letzten Zeit der bekannte Revers nicht mehr vorgelegt wurde, konnte sich Herr Sieverts doch nicht entschließen, seinen Arbeitern gegenüber öffentlich zu erklären, daß derselbe nicht mehr maßgebend sei. Er suchte vielmehr das Vertrauen seiner Arbeiter durch Einführung allerhand Wohlthaten einzulösen nach dem Rezept von Krupp in Essen wieder zu gewinnen. So gewährte er seinen Arbeitern Ferien, gab Gratifikation für die über zehn Jahre in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter, veranstaltete Festlichkeiten (u. a. das berühmte Knackwurstessen), schuf eine Musikkapelle und dergleichen mehr; Einrichtungen, die mehr oder weniger als Mittel zum Zweck betrachtet wurden. Ob nun Herr Sieverts glaubt, daß die Arbeiter durch dies alles so tief gerührt sind, daß sie überhaupt nicht mehr gegen ihn rebellieren werden, oder ob er sich unferer geduldeten Aufsicht: „Alle diese Einrichtungen, mögen sie auch noch so gut gemeint sein, verlieren ihren Wert, so lange den Arbeitern das Koalitionsrecht vorenthalten ist,“ angehängt hat, muß dahingestellt bleiben. Vor kurzem vollzog sich das große Ereignis, daß Herr Sieverts dem Arbeiterausschuß geiger über erklärt hat, der Revers sei endgültig aufgehoben und den Arbeitern siehe es frei, sich ihrer Organisation anzuschließen. Hoffentlich ist diese Erklärung nicht zu dem Zwecke abgegeben, um wieder einmal einen großen „Reinigungsprozeß“ vornehmen zu können, das heißt: die Fabrik von den bösen Agitatoren zu säubern, die zwar die ernstgemeinten Verbesserungen zum Wohle der Arbeiter anerkennen, aber andererseits den Standpunkt vertreten, daß dies keine Geschenke, sondern nur Abschlagszahlungen für entzogenen Arbeitsverdienst sind. Denn allen Maßregelungen sogenannter Agitatoren, die vor dem genannten Streik in diesem Betriebe erfolgt sind, gingen ähnliche Erklärungen voraus. Den Arbeitern aber möchten wir zurufen: Macht von dieser Erklärung ausgiebigen Gebrauch. Trete ein in die Organisation! Noch eins wollen wir bei dieser Gelegenheit erwähnen. Im August d. J. wurde im Betriebe des Herrn Sieverts eine Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt, indem die Arbeiter einem Vorschlage der Betriebsleitung, an Sonnabenden bereits um 12 Uhr mittags Feierabend zu machen, zustimmten. Die Arbeiter aber glaubten, daß im Anschluß an diesen Beschluß auch eine Erhöhung der Akkordsätze eintreten würde. Darauf haben die Arbeiter aber bisher vergeblich gewartet. Somit haben die Arbeiter, sondern der Fabrikant Augen von dieser Art Verkürzung der Arbeitszeit. Denn während die Arbeiter, um ihren früheren Verdienst zu erlangen, in geradezu fieberhafter Weise arbeiten müssen, profitiert der Fabrikant hier bei ganz erheblichem Verlust an den 5 1/2 Tagen pro Woche ebenso viel Arbeit geleistet, wie früher in 6 Tagen, wodurch er ganz bedeutende Ersparnisse durch Verringerung der Betriebskosten seiner Produkte macht. Soll die Verkürzung der Arbeitszeit auch den Arbeitern zum Nutzen gereichen, dann kann dies nur durch Erhöhung der Akkordsätze erzielt werden, die um so mehr am Platze ist, als in manchen Abteilungen des Betriebes die Löhne angesichts der überaus ungesunden Beschäftigung nur sehr minimale sind. Billeicht geht Herr Sieverts noch einen Schritt weiter und berücksichtigt auch diesen Wunsch seiner Arbeiter.

**Weslin.** Am 1. November tagte unsere Versammlung im „Englischen Garten“. Den Jahresbericht gab Kollege Brunns. Auf 4 öffentliche und 6 Mitglieder-Versammlungen sind im letzten Halbjahr 11 Sitzungen der Bevollmächtigten, 6 Frauenmänner-Konferenzen und 47 Fabrikbesprechungen abgehalten worden. Die rührige Agitation ist denn auch von einem schönen Erfolge begleitet gewesen. So hat sich die Mitgliederzahl ungefährt verdoppelt, indem sie auf 851 stieg, während sie bisher jahrelang nur etwa 3-400 betragen hatte. Neben Anschluß hat der Verband in mehrere Fabriken von Marienfelde, in den Nichtenberger Seifenfabriken und in einer Anzahl Berliner Gummiabriken gefunden. Einer wenn auch nur minimalen Erfolg erzielte die Organisation bei den Differenzen in der Kummelsburger Anilinfabrik, dagegen gelang es, durch Verhandlungen mit der Direktion des Borfag-Werkes und der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft für die in Frage kommenden Arbeiter eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde zu erwirken und mehrere angekündigte Verschlechterungen abzuwehren. Eine Anzahl Mitglieder sind auch durch die Metallarbeiter - Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen; sie werden jagungsgemäß unterstützt. Infolge Anbahnung der laufenden Agitationsarbeiten sind in den verschiedenen Stadtteilen Bezirke eingerichtet worden, deren

Bezirke die Bevollmächtigten nunmehr wesentlich entlasten. Kollege Kähle verlas hierauf den Jahresbericht vom 3. Quartal. Die Einnahme belief sich auf 2888,81 M., die Ausgabe auf 654,49 M. An den Hauptvorstand wurden abgeführt 959,55 M.; so daß am Orte ein Bestand von 1074,77 M. verbleibt. Die am 1. April gegründete Arbeitslosen-Unterstützungsstelle hat sich besser entwickelt, wie anfangs angenommen werden konnte. Vereinnahmt wurden in diesem Halbjahr 1424,15 M., veranschlagt 80,79 M., so daß am Schluß des Jahres der veranschlagte Garantiefonds voraussichtlich voll vorhanden sein dürfte. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde einstimmig Decharge erteilt. Sodann gab Kollege Oph den Bericht von der Gewerkschaftskommission und Kollege Bliese den Bericht von der Gaulonferenz. Mehrere Diskussionsredner sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß die Konferenz sich auch diesmal nicht zur Anstellung eines besoldeten Gaulteiers hat verstehen können, da es doch klar auf der Hand liege, daß die stets wachsenden Agitationsarbeiten, wenn sie auch nur halbwegs zweckentsprechend ausgeführt werden sollen, nicht alle des Sonntags und nach Feierabend besorgt werden können.

**Bromberg.** Eine öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit der Reorganisation der hiesigen Krankenkassen. Der Genosse Damm legte auf Grund reichhaltigen Materials dar, daß nur eine Verschmelzung der hiesigen Ortskrankenkassen den Mitgliedern die den heutigen Verhältnissen entsprechenden Vorteile gewähren kann. Die folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute versammelten Fabrikarbeiter versprechen, jeder nach seiner Art für die Verschmelzung sämtlicher Ortskrankenkassen einzutreten, sowie alle anderen Arbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß nur eine Verschmelzung sämtlicher Kassen für die Arbeiter aller Branchen von Vorteil ist.“ Darauf wurde auch der Antrag Sichel angenommen, den Krankenkassen-Verband aufzufordern, zum Zwecke der Verschmelzung resp. Reorganisation der Ortskrankenkassen eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Zu Punkt 2 setzte Genosse Sichel den Verlauf des Streikstreits auseinander und zeigte den Versammelten, daß von Seiten der Arbeitgeber freiwillig keine Aufbesserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu erlangen ist und nur durch festen Zusammenschluß in der Organisation etwas zu erzielen sei. Sämtliche an der Diskussion teilnehmenden Redner sprachen sich im Sinne des Referenten aus und wurde die Versammlung um 9 1/2 Uhr nach 4stündiger Dauer von dem Vorsitzenden Kollegen Deuler mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

**Cannstatt.** (Zweiter Halbjahresbericht vom Vorstand des Gaus 13.) Durch die Agitation zur Reichstagswahl, welche nach der am 31. Mai stattgefundenen Gaulonferenz bis zum 25. Juni alle Kräfte in Anspruch nahm, war die Tätigkeit im Gau etwas lahm gelegt. Ende Juni jedoch wurde nach und nach überall mit der Agitation eingesezt. Da diese am Anfang dieses Jahres durch Geschäftsversammlungen vorübergehend unterbrochen wurde, fanden auch im zweiten Halbjahre wieder eine Anzahl solcher statt. Die während der Wahlbewegung unter den Ziegler in Ludwigsburg entfaltete Tätigkeit schlug wieder fehl, einige Mitglieder, die gewonnen wurden, verließen sich bald wieder. Die Arbeiter in den dortigen Ziegelmwerken sind so weit gesunken, daß es rein unmöglich erscheint, sie für unsere Ziele zu gewinnen. Viel Mühe wurde auch auf Feuerbach verwendet, um eine Mitgliedschaft zu stände zu bringen. Dieser Ort, welcher eine große Anzahl von Fabriken der chemischen Industrie besitzt, hat auch die reichhaltigste Arbeiterchaft in gewerkschaftlicher Beziehung aufzuweisen. Durch eine bis zur höchsten Blüte entfaltete Vereinsmeherei sind die Arbeiter versumpt, daß es schwer hält, sie in die Organisation zu bekommen und doch wäre es gerade in Feuerbach notwendig, die durchweg schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas zu verbessern. Auch auf Stuttgart wurde viel Mühe und Zeit verwendet und ist da ein ganz erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Das Schmersenskind im Gau ist noch Heilbronn, groß ist hier die Zahl der gleichgültigen Arbeiter und Arbeiterinnen und verhältnismäßig klein die Zahl derer, die sich im Verbandszusammenhang befinden. Die große Minderzahl ist nur auf die überaus schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in Heilbronn noch durchweg anzutreffen sind, zurückzuführen. Andererseits sind die Lebensschichten in den einzelnen Betrieben erzielt worden, teils durch schlechten Geschäftsganges bedeutend hoch. Durch eine Reihe Geschäftsversammlungen wurden diesen Herbst einige Fortschritte erzielt, zu wünschen wäre, daß auch das Heilbronner Kartell etwas mehr die Agitation unter den Fabrikarbeitern unterstützt. In Borch hat sich die Zahlstelle gut entwickelt, die Mitgliederzahl beträgt 54. Die Zahlstelle Heubach, anfangs August mit 14 Mitgliedern errichtet, dürfte die Zahl 60 überschritten haben. Die eingegangene Zahlstelle Heidenheim wurde neu gegründet, die Zahl der Mitglieder ist jedoch noch gering im Vergleich zu der großen Anzahl von unorganisierten Arbeitern am Orte. Auch in Ömünd (Schwäbisch) gelang es, eine Mitgliedschaft zu gründen, zurzeit 25 Mitglieder. Weitere Zahlstellen wurden errichtet in Radolzell, Rheinfelden, Wöhlen, Örtach, Schoppsheim und Straßburg i. G. In Alz wurde vom dortigen Kartellvorstand auf Anregen des Gauvorstandes ebenfalls der Grund zu einer Organisation gelegt. Öffentliche Versammlungen fanden statt vom 31. Mai bis 10. November 26. Geschäftsversammlungen 33. Zu 22 davon hat der Gauvorstand selbst die Einladungen verteilt, ferner war derselbe in 11 Mitgliederversammlungen anwesend und referierte. Sitzungen mit den Bevollmächtigten der Zahlstellen fanden 13 statt, Sitzungen des Gauvorstandes 9. In 4 Fällen wurden der Gewerbeinspektion vorhandene Mängel in Fabriken mitgeteilt, in 8 Fällen mußte durch Veröffentlichung in der „Schwäbischen Tagwacht“ ein Druck auf die betreffenden Unternehmer ausgeübt werden. Anstufte aber verschiedene Anzeigen wurden 5mal erteilt. Revisionen wurden 3 vorgenommen. Einladungen zu öffentlichen Mitgliederversammlungen wurden 17900 Stück angefertigt und versandt, desgleichen 1160 Stück Zirkulare. Briefe, Karten, Druckfachen und Pakete wurden 541 versandt; Postsendungen gingen ein 301 Stück. An zwei Orten sind in drei Fällen mit den Unternehmern Differenzen entstanden, in Borch und Stuttgart. Im ersteren Orte sind die Kollegen und Kolleginnen mit ihrer Forderung vollständig durchgedrungen. Im zweitägiger Zustand war in Cannstatt zu verzeichnen, welcher ebenfalls erfolgreich beendet wurde. Die Sammler schließt ab mit einer Einnahme von 421,68 M. und einer Ausgabe von 374,44 M. Kasseebestand 47,24 M. Im allgemeinen ist ein Schritt nach vorwärts gemacht, und wenn die Kollegen überall, besonders in den neueröffneten Zahlstellen, ihre Pflicht tun, werden unsere Erfolge mit der Zeit auch größer werden. Nicht der Gauvorstand kann alles leisten, sondern jeder einzelne muß seine Schuldigkeit tun. Mühe das gute Verhältnis zwischen Zahlstellen und Gauvorstand auch ferner bestehen, damit unsere Agitation gute Früchte trägt und unsere fernstehenden Arbeitsschreiber und -Schwestern erkennen lernen, daß nur in der Vereinigung unsere Kraft liegt.

**Geisenheim.** In unserer letzten Mitglieder-Versammlung referierte an Stelle des verstorbenen Genossen Zielonsky Genosse Heiden, Arbeitersekretär aus Frankfurt a. M., über: „Die Gewerbeordnung und die Arbeiter.“ In leicht verständlicher Weise machte Redner den Anwesenden jene Paragraphen der Gewerbeordnung verständlich, die für den Arbeiter im Arbeitsverhältnis in Betracht kommen. Dem beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft diskutierte an, in der besonders die Verhältnisse in den hiesigen Zandwerken, soweit diese die Gewerbeordnung berühren, einer eingehenden Kritik unterzogen wurden. Zu einer weiteren Diskussion gab

der von einem Mitgliede gestellte Antrag, den streikenden Porzellanarbeitern in Schlierbach eine Unterstützung zu gewähren, Anlaß. Es wurde beschlossen, 15 M. zu bewilligen; davon sollen 10 M. aus der Kassa entnommen und 5 M. durch eine Sammelliste aufgebracht werden.

**Hamburg-Cimbokettel.** Am 22. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung im Saale des Herrn Strud. Den Bericht von der Gaulonferenz erstattete Kollege Winkens. Nach Verlesung der Abrechnung wurde mitgeteilt, daß für die Criminellgelehrten eine Sammlung veranstaltet wird. Im Laufe des Jahres sind 29 Sitzungen und 11 Mitglieder-Versammlungen abgehalten worden. Betriebs-Versammlungen tagten drei. Nachdem kamen die Bevollmächtigten und Revisionen in Vorlage. Zum Schluß wurde beschlossen, den Webern in Crimmichau 30 M. aus der Kassa zu senden.

**Hamburg-Eilbek.** Donnerstag, den 12. November, verhandelte unsere Mitglieder-Versammlung über die Verschmelzung aller Hamburger Zahlstellen und die Anstellung von zwei besoldeten Beamten. Kollege Bogt schloß die Notwendigkeit der Verwirklichung des Verschmelzungsprojektes. Seit Jahren seien die Hamburger Zahlstellen stabil. Kein Fortschritt wird gemacht. Der Stillstand sei auf die Agitation zurückzuführen, die nicht in maßgebender Weise getrieben werden könne, weil es den Personen an Zeit mangle. Die Ansprüche der Mitglieder bei etwaigen Differenzen könnten viel wirksamer vertreten werden, wenn unabhängige Personen jederzeit zur Verfügung stehen könnten. Die Eröffnung von zwei unabhängigen Personen sei möglich, ohne daß eine Erhöhung der Beiträge eintreten würde. Nach einer erregten Debatte ward der Plan mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt.

**Hamburg.** „Das Einbringen der weiblichen Arbeitskraft in Gewerbe und Industrie“ hatte die Fabrikinspektorsassistentin Frau Clara Elben den Vortrag beitet, welchen sie am 28. Oktober im Vorwohlfestsaal in einer bewaundersweise nur schwach besuchten gemeinschaftlichen Mitglieder-Versammlung der Hamburger Zahlstellen hielt. Rednerin warf zunächst einen Rückblick auf die gute, alte Zeit, da der Mann allein hinaus richte ins feindliche Gehe, und die Frau im Hause schaltete, nicht als Mühsiggängerin, sondern in Anspruch genommen durch lausendheit Beschäftigungen, die ihr heute fernliegen: Baden, Brauen, Spinnen, Weben, Schneidern, Käsen. Rednerin sei zu bedauern, da hierdurch die Kunst der Handfertigkeit überhaupt verloren gehe, was vermiedt werde bei der für die Erhaltung des Hausstandes so notwendigen Fleiß- und Stoparbeit. Heute sehe man wachsende Einschränkung des Arbeitsgebietes der Frau im Hause, zunehmende Einbeziehung der Frau in gewerbliche und industrielle Tätigkeit. Nach der Berufszählung von 1895 seien nur 25 Prozent der Frauen als erwerbstätige resp. dienende anzusehen, für jede vierte weibliche Person sei also der Schwerepunkt der Existenz aus der Familie in die Berufstätigkeit verlegt; ein gewaltiger Bruchteil, wenn man bedenkt, daß von der Gesamtzahl Kinder und Greise abgerechnet werden müßten. Seither sei sicher eine Steigerung eingetreten. In Betracht kämen vornehmlich die Gruppen Textilindustrie (Spinnerei, Weberei, Tuchweberei), Nahrungs- und Genussmittel (Tabakindustrie, Bäckerei, Konditorei) und Bekleidung und Reinigung (Konfektion, Wäscherei, Bleicherei), welche letztere aus hauswirtschaftlichen sich zu gewerblichen und industriellen Betrieben umgewandelt hätten. Es frage sich nun nicht mehr, ob die Frau überhaupt in Gewerbe und Industrie arbeiten solle, sondern ob sie auf allen Gebieten dem Mann Konkurrenz bereiten dürfe. In Hamburg kämen hauptsächlich Nahrungs- und Genussmittelindustrie (Kaffee, Konserven, Kaffee) in Betracht, daneben Bekleidungs- und Reinigungs- und weiterhin Metallverarbeitungsindustrie. Die Zahl der beschäftigten Frauen sei hier von 1895 auf 1896 um 13,68 Prozent auf 6070 gestiegen. Der Bericht konstatierte Zunahme namentlich in der Zigaretten- und Kaffeebearbeitungsindustrie, weise aber weiter nach, daß die Frauarbeit sich mehr und mehr auch auf solche Branchen erstreckte, die man bisher nur als für Männer geeignete Arbeit gehalten habe, wie Metallarbeiten, -Falten, -Schraubenschnitten, ja Metallarbeiten, Nähmaschinenbau u. a. m. Zum Ende d. B. sei sicher die Frau aus hygienischen Gründen besonders ungeeignet, sie werde aber verwendet, weil sie billig Maschinenarbeit für den Konkurrenzkampf liefere, ohne daß man Rücksicht nehme auf ihre Körperkonstitution. Bei schlechter Konjunktur entlasse man Männer und stelle Frauen ein. In Hamburg sei das noch nicht der Fall, wenigstens nicht merklich. (Wiesendes Oho!) Der Bericht für 1897 weise 17 Prozent Steigerung auf, die sich hauptsächlich auf jugendliche Personen und auf die genannten Industrien, dazu aber auch auf Holzbearbeitung, Schneiderei und Nähnagelherstellung; bei letzterer liege der Verdacht späterer Verwendung auch bei den gefährlicheren Maschinen nahe. Die 1899 veranstaltete Umfrage betreffend die Fabrikarbeit verheirateter Frauen, habe ergeben, daß rund eine Viertelmillion verheirateter Frauen, namentlich im Alter von 20-40 Jahren, tätig gewesen sei. Hamburg habe 1888 deren 2200 gezählt. Rot sei fast immer die Triebfeder gewerblicher Arbeit. In 69,3 Prozent aller Fälle hätten die verheirateten erwerbstätigen Frauen mit dem Manne zusammengelebt, in Hamburg in 61,4 Prozent. Gleichwohl sei es verkehrt und gefährlich, diese weibliche Arbeit nun einfach hinwegzubeziehen, da der weibliche Verdienst vielfach die Grundlage des Haushalts bilde. Angesichts der unangenehm bedrohlichen Zustände würde Besserung nicht durch Verbote erzielt, sondern durch Staatshilfe in Form von Schutzeinrichtungen und durch Selbsthilfe in Gestalt harter gewerkschaftlicher Organisationen. Zunächst sei die Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. Der Herbsttagentag für Frauen sei bei uns leicht durchführbar, und in Hamburg lägen die Verhältnisse so günstig, daß auch dem Reinstundentage, der erhebliche Vorteile für die Arbeiterinnen bringe, nichts im Wege stehe. Rednerin schloß die weitere die Schädlichkeit übermäßiger Arbeitsleistung namentlich für Jugendliche im Hinblick auf die spätere Ehe und Heile folgende Forderungen auf: Obligatorische Fortbildungsschulen, taggererbliche und hauswirtschaftliche Bildungsanstalten auch für die Mädchen und gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterchutzes. Hieran knüpfte sie eine interessante Schilderung der historischen Entwicklung unserer Industrie und der Anfänge der preußischen, später auf das Reich übertragenen Schutzeinrichtungen. Die Kinderarbeit, sagte sie fort, müsse beseitigt, die Frauarbeit auf Betriebe beschränkt werden, in denen die Arbeit der weiblichen Organismus nicht schädige. Es dürfe nicht geduldet werden, daß die Produktionskosten auf Kosten der Arbeiter und damit der Allgemeinheit verhöht werden. Der Schutz der jugendlichen müsse mindestens bis zum vollendeten 18. Jahre ausgedehnt werden. Besonders Gewicht sei auf fröhe Innehaltung strenger hygienischer Vorschriften zu legen, besonderer Schutz den Schwangeren und Wöchnerinnen zu gewähren. Die Wöchnerinnenunterstützung begegne ja um so weniger Bedenken, als Simulanten ausgeschlossen seien. Manches sei bereits durch die Gewerkschaften und die Vertreter der Arbeiter im Reichstag erzielt; um so mehr müsse man alles daran setzen, die Arbeiterinnen zu organisieren, um sie aus Konkurrenz zu Kolleginnen des Arbeiters zu machen. Selbstverständlich lohnte den gut durchdachten, mit wertvollem Material versehenen Vortrag, an den sich noch einige Bemerkungen von Frau B. J. knüpfen, welche die Arbeiterinnen zum weiteren Kampfe um das Ziel eines weiblichen Fabrikinspektors mit Beamten aus Arbeiterkreisen ermunterte und sie mahnte, der Inspektorin weitgehendes Vertrauen entgegenzubringen und das Bewußtsein nach Kräften auszunutzen. - Es folgte die Beratung gemeinsamer Verbandsangelegenheiten. Den Bericht

